

81046

Beschlüsse - 1 Teil - Jahr 2012**Autonome Provinz Bozen - Südtirol**
BESCHLUSS DER LANDESREGIERUNG

vom 24. September 2012, Nr. 1435

Genehmigung des Abkommens zwischen der Autonomen Provinz Bozen und dem Bund der Genossenschaften Südtirols

Nach Einsichtnahme in das L.G. vom 19.12.1995, Nr. 26, betreffend die Errichtung der Landesagentur für Umwelt;

Vorausgeschickt, dass das Landesgesetz vom 26. Mai 2006, Nr. 4, (Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz) auf dem Prinzip der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit aller Personen ruht, die am Abfallzyklus beteiligt sind und im Artikel 31 eine Reihe von Möglichkeiten zu Abkommen im Bereich der Abfallbewirtschaftung einführt, die darauf abzielen, eine konzertierte und programmierte Aktion zwischen öffentlicher Verwaltung, Privaten und Fachverbänden zu fördern;

Festgestellt, dass im Rahmen dieser Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Privaten den Programmvereinbarungen und -verträgen eine besondere, grundlegende Rolle zukommt. Gemäß Art. 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2006 zielen diese auf die Vorbeugung und Reduzierung der Menge und Gefährlichkeit der Abfälle, auf ihre Wiedergewinnung, Wiederverwendung und Recycling und letztendlich auf eine optimale Kundenfreundlichkeit der Dienste für Abfallbeseitigung ab;

Vorausgeschickt, dass auch Art. 206 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Privaten durch Abkommen vorsieht, um die Abfallflüsse zu optimieren und die Abfallbewirtschaftung zu vereinfachen;

Vorausgeschickt, dass der Bund der Genossenschaften Südtirols mit Schreiben vom 6.9.2012 angesucht hat, um das Programmabkommen zur Vereinfachung des Transports der eigenen Abfälle zu unterzeichnen;

Für sinnvoll erachtet ein Programmabkommen auszuarbeiten, um für die Mitglieder des Bundes der Genossenschaften Südtirols den Transport der eigenen Abfälle zu vereinfachen;

Dies vorausgeschickt und nach Anhören des Berichterstatters wird von der Landesregierung mit Stimmeneinhelligkeit in gesetzlicher Form

Deliberazioni - Parte 1 - Anno 2012**Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige**
DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA PROVINCIALE

del 24 settembre 2012, n. 1435

Approvazione dell'Accordo di programma tra la Provincia Autonoma di Bolzano e la Lega provinciale cooperative Bolzano

Vista la legge provinciale 19.12.1995, n. 26, concernente l'istituzione dell'Agenzia provinciale per l'ambiente;

Premesso che la legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4 (La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo), fondandosi sul principio della responsabilizzazione e cooperazione di tutti i soggetti coinvolti nel ciclo dei rifiuti, introduce con l'articolo 31 una serie di strumenti negoziali nel settore della gestione dei rifiuti diretta a promuovere e favorire l'azione concertata e programmata di pubbliche amministrazioni, soggetti privati ed associazioni di categoria;

Considerato che in questo quadro di cooperazione tra operatori pubblici e privati, un ruolo fondamentale è attribuito agli strumenti degli accordi e contratti di programma che, secondo le previsioni dell'articolo 2 della legge provinciale n. 4/2006, sono finalizzati alla prevenzione e riduzione della quantità e pericolosità dei rifiuti, al loro recupero, riutilizzo e riciclaggio ed, infine, al conseguimento di livelli ottimali di utenza raggiunta dai servizi di smaltimento;

Premesso che anche l'art. 206 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, prevede la cooperazione tra la pubblica amministrazione e privati per ottimizzare i flussi di rifiuti e semplificare la gestione dei rifiuti;

Premesso che la Lega provinciale cooperative Bolzano con lettera del 6.9.2012 ha richiesto di poter sottoscrivere l'accordo di programma per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti;

Vista l'opportunità, di definire un accordo di programma per semplificare per i soci della Lega provinciale cooperative Bolzano il trasporto dei propri rifiuti;

Ciò premesso e sentito il relatore, la Giunta provinciale a voti unanimi legalmente espressi

beschlossen

- 1) das „Abkommen zur Vereinfachung des Transportes der eigenen Abfälle“ zwischen der Autonomen Provinz Bozen, dem Südtiroler Gemeindenverband und dem Bund der Genossenschaften Südtirols, gemäß beiliegendem Entwurf, zu genehmigen;
- 2) den vorliegenden Beschluss im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen.

DER LANDESHAUPTMANN
DR. LUIS DURNWALDER

DER GENERALSEKRETÄR
DER LANDESREGIERUNG
DR. HERMANN BERGER

delibera

- 1) di approvare “l'accordo di programma per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti” tra la Provincia Autonoma di Bolzano, il Consorzio dei comuni dell'Alto Adige e la Lega provinciale cooperative Bolzano, secondo l'allegato schema;
- 2) di pubblicare la presente deliberazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA
DOTT. LUIS DURNWALDER

IL SEGRETARIO GENERALE
DELLA GIUNTA PROVINCIALE
DOTT. HERMANN BERGER

Abkommen
zur Vereinfachung des Transportes der eigenen Abfälle
zwischen
der Autonomen Provinz Bozen
und
dem Bund der Genossenschaften Südtirols
und dem Südtiroler Gemeindenverband

Vorausgeschickt

- Das Gesetzesvertretende Dekret vom 3. April 2006, Nr. 152, (Bestimmungen im Umweltbereich) ruht auf dem Prinzip der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit aller Personen, die am Abfallzyklus beteiligt sind und führt eine Reihe von Möglichkeiten zu Abkommen im Bereich der direkten Abfallbewirtschaftung ein, die darauf abzielen, eine konzertierte und programmierte Aktion zwischen öffentlicher Verwaltung, Privaten und Fachverbänden zu fördern.
- Im Rahmen dieser Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Privaten kommt den Abkommen eine besondere, grundlegende Rolle zu. Gemäß Art. 206 des GvD Nr. 152/2006 zielen diese auf die Vorbeugung und Reduzierung der Menge und Gefährlichkeit der Abfälle, auf ihre Wiedergewinnung, Wiederverwendung und Recycling und letztendlich auf eine Vereinfachung in der Abfallbewirtschaftung ab.
- Auch das Landesgesetz vom 26. Mai 2006, Nr. 4, (Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz) sieht in Art. 31 den Abschluss von Abkommen mit Körperschaften, Unternehmen oder Verbänden vor, um Abfälle zu vermindern, die Abfallverwertung zu verbessern, die Abfallflüsse zu optimieren oder Erleichterungen bei Verwaltungsaufgaben vorzusehen.
- Artikel 26 der Richtlinie 2008/98/EG bestimmt, dass die zuständige Behörde ein Register führt über Körperschaften oder Unternehmen, die gewerbsmäßig Abfälle sammeln oder befördern, und somit ist vorliegende Vereinbarung nicht in Widerspruch zur EU-Gesetzgebung.
- Art. 212 Absatz 8 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, bestimmt, dass die Erzeuger von nicht gefährlichen Abfällen, welche die eigenen Abfälle transportieren und die Erzeuger von gefährlichen Abfällen, welche die eigenen Abfälle mit einer Menge von 30 Kg oder 30 Liter pro Tag transportieren, in einer eigenen Sektion des Verzeichnisses der Umweltfachbetriebe eingetragen sind.
- Festgestellt, dass laut Artikel 35 der Richtlinie 2008/98/EG nur Körperschaften und Unternehmen, die gewerbsmäßig gefährliche Abfälle sammeln oder transportieren, verpflichtet sind chronologische Aufzeichnungen zu führen.
- Es wird weiterhin als sinnvoll erachtet, zusammen mit den Verbänden mittels vorliegendem Abkommen ein integriertes System der Bewirtschaftung von Abfällen in Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privaten, die unter unterschiedlichen Voraussetzungen damit zu tun haben, aufzubauen, damit:
 - Abfälle einer kontrollierten Entsorgung zugeführt werden;
 - die Verwaltungsaufgaben zu Lasten obgenannter Unternehmen vereinfacht werden;
 - die Mengen an Abfällen, die möglicherweise nicht korrekt bewirtschaftet werden, reduziert und schließlich ganz eliminiert werden;
 - die Wirksamkeit der Kontrollen verbessert wird.

All dies vorausgeschickt

vereinbaren die obgenannten Unterzeichner vorliegenden Abkommens Folgendes:

Artikel 1 ZWECK UND ANWENDUNGSBEREICH

Mit vorliegendem Abkommen beabsichtigen die Partner insbesondere:

- es soll ein effizientes Abfallbewirtschaftungssystem eingerichtet und aufrecht erhalten werden, das in Anwendung des GvD Nr. 152/2006 und des LG Nr. 4/2006, alle miteinbezogenen Partner zur Mitverantwortung zieht und einen Impuls zur Zusammenarbeit aller gibt, die mit der Bewirtschaftung von Abfällen zu tun haben, um so insbesondere das sichere Sammeln und eine korrekte Entsorgung zu garantieren.
- Die Verwaltungsaufgaben zu Lasten der beteiligten Verbände und Mitglieder sollen vereinfacht werden, wobei die Effizienz der Kontrollen gesichert und beibehalten werden soll.

Artikel 2 VERPFLICHTUNGEN DES VERBANDES UND DER MITGLIEDER

1. Der Verband, welcher diese Vereinbarung unterzeichnet verpflichtet sich im Namen der Mitglieder, die obgenannte Tätigkeiten ausführen, zu Folgendem:

- a) Die eigenen Mitglieder sollen zu einer korrekten Bewirtschaftung der Abfälle sensibilisiert werden, indem vorliegende Vereinbarung verteilt wird und die Bedeutung, die technischen und rechtlichen Folgen allen Unternehmern und an der Umsetzung Beteiligten erklärt werden.
- b) Die eigenen Mitglieder sollen Informationen und spezifische Anweisungen erhalten, damit sie Abfälle, wie von vorliegender Vereinbarung vorgesehen, korrekt bewirtschaften und eventuelle zukünftige, gemeinsam erarbeitete, technische Auflagen befolgen können.
- c) Den neu zutretenden Mitgliedern, sollen bei Beginn der Ausübung ihrer Tätigkeit Erklärungen und Informationen über die Normen und das Bewirtschaftungssystem gemäß vorliegender Vereinbarung gegeben werden.

2. Die Partner, die vorliegende Vereinbarung unterzeichnen, verpflichten sich, die Grundsätze und die Vorgangsweisen vollständig zu beachten. Die Mitglieder verpflichten sich die Abfälle fachgerecht entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu transportieren.

Artikel 3 AUSNAHME VON DER EINTRAGUNG IN DAS VERZEICHNIS DER UMWELTFACHBETRIEBEFÜR DEN TRANSPORT DER EIGENEN ABFÄLLE

1. Die Mitglieder sind beim **Transport der eigenen nicht gefährlichen Abfälle** sowie der **dem Hausmüll gleichgestellten Abfälle** von der Eintragung in das nationale Verzeichnis der Umwelfachbetriebe ausgenommen.

Artikel 4 ABFALLBEGLEITSCHIN

1. Generell muss beim Transport von Abfällen immer ein Abfallbegleitschein mitgeführt werden, es gelten folgende Ausnahmen:

- Transport der eigenen dem **Hausmüll gleichgestellten Abfälle** zu den öffentlichen Sammelstelle (Art. 19 Absatz 3 Buchstabe a) LG Nr. 4/2006).
- Transport der eigenen **nicht gefährlichen Abfälle** vier Mal im Jahr mit einer Menge von 30 Kg oder 30 Liter pro Tag sowie höchstens 100 Kg oder 100 Liter pro Jahr (Art. 193 Absatz 5 GvD Nr. 152/2006).

Artikel 5
ABFALLREGISTER

1. Die Mitglieder laut Art. 3 ersetzen das Abfallregister laut Art. 190 Absatz 1 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152 und Art. 17 des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, durch die chronologische Aufbewahrung der Abfallbegleitscheine oder der SISTRI-Begleitscheine.

Artikel 6
JÄHRLICHE ABFALLERKLÄRUNG (MUD)

1. Die Mitglieder laut Art. 3 sind von der jährlichen Abfallerklärung befreit.

Für die Autonome Provinz Bozen
Steuer-Nr. 00390090215

Dr. Luis Durnwalder

Für den Bund der Genossenschaften Südtirols
Steuer-Nr. 80012760213

Heinrich Grandi

Für den Südtiroler Gemeindenverband
Steuer-Nr. 00730110210

Dr. Arno Kompatscher

Datum

**„Accordo di programma
per la semplificazione del trasporto dei propri rifiuti“**

tra

la Provincia Autonoma di Bolzano

e

la Lega provinciale cooperative Bolzano

e

il Consorzio dei Comuni

Premesse

- Il Decreto Legislativo 3 aprile 2006, n. 152 (Norme in materia ambientale) fondandosi sul principio della responsabilizzazione e cooperazione di tutti i soggetti coinvolti nel ciclo dei rifiuti, introduce una serie di strumenti negoziali nel settore della gestione dei rifiuti diretta a promuovere e favorire l'azione concertata e programmata di pubbliche amministrazioni, soggetti privati ed associazioni di categoria.
- in questo quadro di cooperazione tra operatori pubblici e privati, un ruolo fondamentale è attribuito agli strumenti degli accordi e contratti di programma che, secondo le previsioni dell'articolo 206 e del D.Lgs. n. 152/2006, sono finalizzati alla prevenzione e riduzione della quantità e pericolosità dei rifiuti, al loro recupero, riutilizzo e riciclaggio ed, infine, alla semplificazione nella gestione dei rifiuti.
- Anche la legge provinciale del 26 maggio 2006, n. 4 (Gestione dei rifiuti e tutela del suolo) prevede all'art. 31 la possibilità di stipula di accordi di programma con enti, imprese o associazioni finalizzati alla riduzione dei rifiuti al miglioramento del loro recupero, all'ottimizzazione dei flussi di rifiuti nonché alla semplificazione amministrativa.
- L'art 26 della direttiva 2008/98/Ce stabilisce che l'autorità competente tenga un registro per gli enti e le imprese che provvedono alla raccolta e trasporto dei rifiuti a titolo professionale, quindi il presente accordo non è in contrasto con la normativa comunitaria.
- L'art. 212 comma 8 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, dispone che i produttori di rifiuti non pericolosi che trasportano i propri rifiuti nonché i produttori di rifiuti pericolosi che trasportano i propri rifiuti pericolosi in quantità non eccedenti 30 chilogrammi o 30 litri al giorno sono iscritti in un'apposita sezione dell'Albo gestori ambientali.
- Constatato che ai sensi dell'art. 35 della direttiva 2008/98/CE solo gli enti e le imprese che raccolgono e trasportano rifiuti pericolosi a titolo professionale sono obbligati a tenere un registro cronologico.
- Si è ulteriormente valutata l'opportunità, unitamente alle Associazioni di categoria loro aderenti di definire attraverso il presente Accordo, un sistema integrato di gestione dei rifiuti con la partecipazione dei soggetti pubblici e privati a vario titolo coinvolti, affinché:
 - I rifiuti siano inviati a uno smaltimento controllato;
 - Siano semplificati gli adempimenti amministrativi a carico delle suddette imprese
 - Sia ridotta fino ad essere azzerata la quantità di rifiuti che possono sfuggire alla corretta gestione
 - Sia migliorata l'efficacia dei controlli.

Tutto ciò considerato

Le parti firmatarie del presente accordo, sopra denominate, convengono quanto segue:

Articolo 1 FINALITA' ED AMBITO DI APPLICAZIONE

1. Con il presente accordo di programma le parti intendono in particolare:

- Istituire e mantenere un sistema di gestione dei rifiuti che ai sensi del DLgs 152/2006 e ai sensi della L.P. 4/2006, che porti alla corresponsabilizzazione di tutte le parti interessate nella gestione dei rifiuti e dia a tutte uno stimolo alla collaborazione in particolare per garantire la sicurezza nella raccolta e un corretto smaltimento.
- Semplificare le procedure amministrative a carico dei soggetti coinvolti, dove tuttavia deve essere garantita l'efficienza dei controlli.

Articolo 2 IMPEGNI DELL'ASSOCIAZIONE E DEGLI ASSOCIATI

1. L'Associazione firmataria, in rappresentanza degli associati loro aderenti svolgenti le attività sopra elencate, si impegnano a:

- a) sensibilizzare i propri associati alla corretta gestione dei rifiuti, diffondendo il presente Accordo e illustrando il significato e le ricadute tecniche e giuridiche presso tutti gli operatori economici interessati e coinvolti nella sua attuazione
- b) fornire ai propri associati le informazioni e le istruzioni specifiche necessarie per la corretta gestione dei rifiuti come previsto dal presente Accordo e da eventuali direttive tecniche condivise che ne conseguiranno
- c) consegnare agli associati di nuova creazione, all'atto dell'inizio attività informazioni esplicative delle norme e del sistema di gestione descritto dal presente accordo

2. I soggetti che sottoscrivono il presente accordo si impegnano ad osservarne in modo integrale i principi e le modalità operative. Le imprese si impegnano a trasportare correttamente i rifiuti nel rispetto della relativa normativa vigente.

Articolo 3 ESENZIONE DALL'ISCRIZIONE NELL'ALBO NAZIONALE GESTORI AMBIENTALI PER IL TRASPORTO DEI PROPRI RIFIUTI

1. Gli associati che trasportano i propri rifiuti non pericolosi nonché i rifiuti assimilati agli urbani sono esonerate dalla iscrizione presso l'albo nazionale gestori ambientali.

Articolo 4 FORMULARIO DI IDENTIFICAZIONE DEI RIFIUTI

1. Il trasporto dei rifiuti deve in generale sempre essere accompagnato da un formulario di identificazione dei rifiuti, tranne nei seguenti casi:

- trasporto dei propri rifiuti assimilati ai rifiuti urbani ai centri pubblici di trattamento (art. 19 comma 3 lettera a) lp n. 4/2006)
- trasporto dei propri rifiuti non pericolosi quattro volte l'anno per quantitativi non eccedenti i 30 chilogrammi o 30 litri al giorno e comunque 100 chilogrammi o 100 litri l'anno (art. 193 comma 5 D. Lgs. n. 152/2006).

Articolo 5
REGISTRO DEI RIFIUTI

1. Gli associati di cui all'art. 3 sostituiscono il registro dei rifiuti di cui all'art. 190 comma 1 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152 e all'art. 17 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, con la conservazione in ordine cronologico dei formulari di identificazione dei rifiuti o delle schede SISTRI.

Articolo 6
DICHIARAZIONE ANNUALE DEI RIFIUTI (MUD)

1. Gli associati di cui all'art. 3 sono esonerati dalla dichiarazione annuale dei rifiuti.

Per la Provincia autonoma di Bolzano
Cod. fisc. 00390090215

Dr. Luis Durnwalder

Per la Lega provinciale cooperative Bolzano
Cod. fisc. 80012760213

Grandi Heinrich

Per il Consorzio dei Comuni
Cod. fisc. 00730110210

Dr. Arno Kompatscher

data